

Ist die Feuerwehrfusion in Gefahr?

So reagieren die Partnergemeinden auf die Rückweisung des Vertrags durch den Badener Einwohnerrat.

Andreas Fretz
und Pirmin Kramer

Es war ein Paukenschlag. Vergangene Woche wies der Badener Einwohnerrat den Gemeindevertrag zur Fusion der Feuerwehren von Baden, Turgi, Gebenstorf, Birnenstorf und Mülligen zurück. Die Fusion mache Sinn, aber der Vertrag weise Mängel auf, so der Tenor im Parlament. Streitpunkt waren die 42 Franken pro Einwohner, welche die Anschlussgemeinden jährlich an Baden entrichten müssen. Es fehlten eine nachvollziehbare Herleitung des Betrags und ein Anpassungsmechanismus, falls die 42 Franken nicht ausreichen sollten, urteilte etwa die Finanzkommission. Was bedeutet diese Rückweisung für die Feuerwehrfusion? Und wie reagieren die anderen Gemeinden?

Am gleichen Tag wie der Badener Einwohnerrat entschied die Birnenstorfer Gemeindeversammlung über die Fusion. Die Stimmbewölkerung sagte klar Ja. Martin Hofer (parteilos), Birnenstorfs zuständiger Gemeinderat, zeigt sich von der Rückweisung in Baden überrascht. «Dass ausgerechnet Baden, der Kopf der Fusion, den Vertrag zurückweist, habe ich nicht erwartet. Offenbar ist es heutzutage kaum noch möglich, Verträge ohne Juristen auszuarbeiten.»

Braucht es eine ausserordentliche Gmeind?

Hofer spricht von einem Jahrzehnt-Projekt, das nun gefährdet sei, zeigt sich gleichzeitig aber überzeugt, dass man eine Lösung finden werde, denn vom Nutzen der Fusion seien grundsätzlich alle überzeugt. Er erwartet, dass die Arbeitsgruppen der Gemeinden erneut zusammensitzen und über die entsprechenden Klauseln im Vertrag beraten werden.

Um allerdings die Feuerwehren wie geplant per 1. Januar 2023 zu fusionieren, wird die Zeit eng. Ein erneuter Beschluss an der Wintergmeind würde wegen der Referendumsfrist von 30 Tagen nicht reichen. «Allenfalls müssten wir eine ausserordentliche Gemeindeversammlung durchführen», sagt Hofer. Er spricht von einem Umweg, den niemand erwartet hat, «aber das gehört zum politischen Prozess dazu».



Vom Nutzen der Feuerwehrfusion sind alle überzeugt, doch der Vertrag wurde vom Badener Einwohnerrat zurückgewiesen. Bild: Alex Spichale

Die Stimmbewölkerung Gebenstorfs hätte an der Gemeindeversammlung morgen Donnerstag über die Fusion abgestimmt. «Aber nach der Nachricht aus Baden haben wir das Traktandum gestrichen», sagt Ammann Fabian Keller (Mitte). Badens Stadtmann Markus Schneider (Mitte) hatte ihn am Morgen nach der Einwohnerratssitzung telefonisch über die Rückweisung informiert. «Das hat mich sehr überrascht, vor allem weil im Vorfeld keine Bedenken zu vernehmen waren.»

Dass man nun eine Zusatzrunde drehen müsse, sei schade um die Zeit: «Die Arbeitsgruppe Finanzen ist seit über einem Jahr mit den Fusionsvorbereitungen beschäftigt.» Eine ausserordentliche Gmeind will Keller nicht ansetzen. «Das Geschäft ist für Gebenstorf nicht so zeitkritisch, dass es die Mehrkosten einer zusätzlichen Versammlung rechtfertigen würde.» Er rechnet eher damit, dass die Fusion später, etwa per 1. März oder 1. April 2023, vollzogen wird, falls dem neuen Vertrag an der Gmeind im November zugestimmt werden kann.

Eine Rückweisung ist keine Ablehnung
Florian Immer, Kommandant der Stützpunktfeuerwehr Baden, sagt: «Was mich beruhigt: Grundsätzlich war der Einwohnerrat für die Feuerwehrfusion. Die Vorausfinanzierung wurde angenommen. Lediglich der Vertrag wurde zurückgewiesen, da er noch mit einer Klausel bezüglich Preisanpassungen ergänzt werden soll.» Florian Immer ist darum zuversichtlich:

Eine Rückweisung ist keine Ablehnung

«Im schlimmsten Fall wird die Fusion erst im Laufe des nächsten Jahres Tatsache.» Er hoffe und wünsche, dass die Fusion aber wie geplant bereits per Anfang 2023 realisiert werden könne. «Eine Fusion der Feuerwehren wäre die intensivste, aber auch ehrlichste Form der Zusammenarbeit. Sie würde aus Gründen der Sicherheit Sinn machen und wäre auch aus Sicht der Bevölkerung in und um Baden die beste Variante.»

Denn in fünf bis zehn Jahren werde es für jede einzelne Feuerwehr alleine schwierig sein, die notwendige Anzahl Freiwillige zu finden. Sollte der Zusammenschluss erst mit einer Verzögerung zu Stande kommen, hätte das für die Bevölkerung keine unmittelbaren Folgen, sagt Immer: «Wir haben im Moment drei Feuerwehren, die alleine und eigenständig gut funktionieren.»

Sehr überrascht war Adrian Schoop (FDP), Gemeindeamman von Turgi. «Ich hätte nie damit gerechnet, dass der Vertrag zur Feuerwehrfusion nicht angenommen werden könnte.» Das Ergebnis aus Baden habe ihn sehr beschäftigt. «Das Positive ist: Es handelt sich um eine Rückweisung, nicht um eine Ablehnung. Es gibt also eine zweite Chance – und diese müssen wir unbedingt nutzen. Er hoffe, dass der Zusammenschluss der Feuerwehren doch noch auf den 1. Januar 2023 zu Stande komme, sagt Schoop. Die Fusion der Feuerwehren wurde im Zusammenhang mit dem geplanten Zusammenschluss von Baden und Turgi angegangen. Dass das Fusionsprojekt der Gemeinden gefährdet sein könnte, glaubt er nicht. «Aber die Abstimmung in Baden führt deutlich vor Augen, dass man sich vor Abstimmungen nie zu sicher sein darf.»

Erster Rücktritt im Einwohnerrat

Baden Anfang Jahr begann die neue Legislatur des Einwohnerrats aufgrund des Wahlergebnisses vom vergangenen Oktober. Jetzt hat das erste Mitglied des neuen Badener Parlaments seinen Rücktritt eingereicht. Es handelt sich um Nathalie Flückiger (SP), wie an der Sitzung des Einwohnerrats vom vergangenen Mittwoch bekanntgegeben wurde. Es war bereits die letzte Sitzung für die SP-Vertreterin. Flückiger gab für ihre Demission gesundheitliche Gründe an. Sie hat dem Einwohnerrat rund sechs Jahre lang angehört. Bei der Wahl im Oktober hatte sie – hinter Steffi Kessler, die neue Stadträtin wurde – das zweitbeste Ergebnis der SP-Kandidierenden erzielt. Im Einwohnerrat wurde Flückiger bereits verabschiedet. SP-Fraktionspräsident Hansruedi Stauffacher würdigte ihr Schaffen. (pz)

Repol verteilt neu QR-Code bei Busse

Zurzibiet Als erstes Korps im Aargau klemmte die Stadtpolizei Baden 2020 erstmals Bussen mit QR-Codes unter den Scheibenwischer. Der Einzahlungsschein fiel dabei weg. Nun führt auch die Regionalpolizei Zurzibiet die modernen Bussen ein, wie es auf Facebook heisst. «Damit passen wir uns dem Zeitgeist an und reduzieren den administrativen Aufwand sowohl für die Polizei als auch für die Gebüssten», so die Repol.

Gebüsste Personen gelangen durch das Scannen des QR-Codes (meist via Handykamera) direkt auf das Bussenportal, wo sie Details zur Übertretung abfragen und die Busse mit Kreditkarte oder Twint bezahlen können. Auf Wunsch oder nach Ablauf der Zahlungsfrist verschickt die Repol nach wie vor eine herkömmliche Papierrechnung per Post. (az)

Gestaltungsplan für exklusive Lage

Wohlenschwil In der Gemeinde läuft noch bis zum 28. Juni das Mitwirkungsverfahren für den Gestaltungsplan «Oberberg». Gemäss Bau- und Nutzungsordnung unterliegt das Areal einer Gestaltungsplanpflicht. Neue Überbauungen müssen der bestehenden Siedlungsstruktur sowie der Topografie angepasst werden. In exponierter und exklusiver Lage am Hang und auf der Kuppe des Moränenhügels sollen neue Wohnhäuser entstehen. Anlass der aktuellen Planung ist der Wunsch eines Grundstückseigentümers, vorerst zwölf Wohneinheiten auf der Parzelle zu bauen. Erschlossen werden sollen die Neubauten gemäss Gestaltungsplan über eine Sammelgarage. Um eine harmonische Dorfentwicklung zu gewährleisten, wurden die drei angrenzenden Grundstücke im Zuge einer Machbarkeitsstudie miteinbezogen. (az)

Turgi stellt nach Fusion temporär acht Einwohnerräte

Der Fusionsvertrag Baden-Turgi liegt vor: Die spannendsten Regelungen im Überblick.

Pirmin Kramer

2021 nahm das Fusionsprojekt Baden-Turgi die erste Hürde: An beiden Orten sagte die Stimmbewölkerung Ja zur Ausarbeitung eines Fusionsvertrages. Der Vertrag liegt nun vor, er wurde gestern Dienstag veröffentlicht. Er regelt den Zusammenschluss, der per 2024 Tatsache werden könnte.

Dafür braucht es aber noch mehrfach ein Ja: Zuerst dieses Jahr im Badener Einwohnerrat und an der Turgemer Gemeindeversammlung – und danach

zusätzlich an einer allfälligen Urnenabstimmung im 2023.

Turgi nicht automatisch im Stadtrat vertreten

Spannend ist die Frage, wie die Bevölkerung von Turgi im Falle einer Fusion in den politischen Prozess einbezogen wird. Der Vertrag hält dazu fest: Turgi würde vorübergehend, von Januar 2024 bis Ende 2025, acht Sitze im Einwohnerrat erhalten. Das Stadtparlament würde somit während zwei Jahren auf 58 Mitglieder aufgestockt. Nicht vertreten sein wird Turgi hin-

gegen im Stadtrat: «Für die zweijährige Übergangszeit wird auf eine Ergänzungswahl in den Stadtrat verzichtet», heisst es. Der bisherige Stadtrat wäre somit für die neu gebildete Einwohnergemeinde Baden zuständig.

Vertreten hingegen wäre die Bevölkerung von Turgi in den Jahren 2024 und 2025 in den Kommissionen: Die Badener Steuerkommission wird durch ein in Turgi gewähltes Mitglied ergänzt. Die Steuerkommission der Einwohnergemeinde Turgi wird mit dem Zusammenschluss

der Einwohnergemeinden Baden und Turgi aufgelöst. In der Badener Strategiekommission und Finanzkommission sollen die Einwohnerräte aus Turgi durch Zuwahl mit je einer Person vertreten sein.

Parlament ab 2026 wieder mit 50 statt 58 Sitzen

2026 schliesslich werden – noch immer vorausgesetzt, die Fusion kommt zustande – erstmals Gesamterneuerungswahlen stattfinden. Auf die Bildung von Wahlkreisen wird verzichtet, wie es im Vertrag heisst. Turgi

wird somit keine Sitze im Einwohnerrat mehr auf sicher haben. Das Parlament wird wieder aus 50 Mitgliedern bestehen, der Stadtrat nach wie vor aus sieben Personen.

Auch das Vorgehen zu den Finanzen steht fest: Das Budget und der Steuerfuss 2024 für die neu gebildete Einwohnergemeinde Baden würden durch den Einwohnerrat Baden beschlossen. Bei einer allenfalls anschliessenden Referendumsabstimmung würden aber auch die Stimmberechtigten in Turgi teilnehmen können.